

Energiepolitik

Klimageld-Katastrophe

Wer ein Windrad vor der Tür hat, zahlt mehr für Strom. Das versprochene Klimageld kommt nicht. Die Regierung muss endlich zugunsten der Bürger den Klimaschutz kompensieren.

Von JOHANNES PENNEKAMP



© dpa

Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, will in Windkraftregionen wohnende Bürger entlasten.

Klimaschutz tut weh: Der Hügel vor dem Dorf verwandelt sich in einen Windpark, der CO₂-Preis macht das Tanken teurer, und die Gasheizung muss bald raus. Es ist nicht leicht, die Menschen trotz solcher Zumutungen für die Energiewende zu begeistern. Wollte man sie bei der Stange halten, gäbe es dafür ein einfaches Mittel: Geld. Die Bundesregierung hat das nicht begriffen.

Ein Beispiel ist die Windkraft. In Regionen mit vielen Windrädern zahlen die Bürger mehr für den Strom, weil sie dafür aufkommen müssen, dass die Anlagen an das Stromnetz angeschlossen sind. Das ist ungerecht. Die Bundesnetzagentur möchte den Mechanismus umkehren und die Windparkanrainer beim Strompreis entlasten. Richtig so. Denn dadurch würden Windräder in der Nachbarschaft beliebter – auch in Bayern, wo im ersten Halbjahr gerade einmal drei Anlagen genehmigt worden sind.

Das Klimageld ist hoffnungslos im Verzug

Die Regierung treibt diese Reform zumindest im Grundsatz voran. Beim Klimageld, einem für die Bürger noch viel wichtigeren Thema, ist sie hoffnungslos in Verzug. Im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien eine solche Ausgleichszahlung versprochen. Sie soll die Bürgerinnen und Bürger für die Kosten des Klimaschutzes entschädigen und sich aus der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe speisen. Doch während die Regierung die Abgabe am Jahresende erhöhen wird, hat sie die Einnahmen daraus bis 2027 für andere Ausgaben verplant. Bis 2025, heißt es, sei es technisch auch nicht möglich, ein Klimageld zu überweisen.

Das trifft die Ärmern. Vom Klimageld profitierten vor allem diejenigen, die selten tanken und eine kleine Wohnung heizen. Reichere mit größerem Auto und Haus zahlten unterm Strich drauf. Zum Ausgleich gibt es Milliardenzuschüsse für den Heizungstausch, von denen Unternehmen und Hausbesitzer profitieren. Bislang hat diese soziale Blindheit keinen Aufschrei verursacht. Spätestens im nächsten Wahlkampf werden sich die Wähler an das gebrochene Versprechen erinnern und womöglich eine schlechtere Alternative wählen.

Quelle: F.A.Z.